



**„ASYLTOURISMUS“: WIR KÖNNEN AUF KEIN EINZIGES TERROR-
TALENT VERZICHTEN ...**

Sami Al-Mujtaba muss nach Deutschland zurückgeholt werden

Von JOHANNES DANIELS | Freitag, der 13. für Horst Seehofer!
„Welcome back my friends to the show that never ends“ – Junge
komm bald wieder – Hereinspaziert ins Asyl-Narrenschiff
Deutschland. Das Verwaltungsgericht Gelsenkirchen teilte am
Freitagnachmittag nach einem längeren Abschiebe-Zick-Zack mit,
dass die wenige Stunden zuvor erfolgte Abschiebung des Ex-
Leibwächters von Al-Qaida-Anführer Osama bin Laden, Sami Al-
Mujtaba, „grob rechtswidrig war und grundlegende
rechtsstaatliche Prinzipien verletzt“:

*„Aufgrund eines unanfechtbaren Beschlusses des
Verwaltungsgerichts Gelsenkirchen vom 12. Juli 2018 kann ein
tunesischer Staatsangehöriger, der im Verdacht steht,
Leibwächter von Osama Bin Laden gewesen zu sein und von den
deutschen Behörden als islamistischer Gefährder eingestuft
wird, vorläufig nicht nach Tunesien abgeschoben werden“,*

hieß es stolz in der Pressemitteilung des Gerichts, die am Freitagnachmittag veröffentlicht wurde.

Rckholungs-Entscheidung „im Namen des Volkes“!

Der am Freitagmorgen mit einem veritablen Großaufgebot der Bundespolizei nach Hammamet First-Class-ausgeflogene Sami-Al-Mujtaba (42), muss nach der Entscheidung des Gerichts daher unverzüglich wieder zurück nach Deutschland gebracht werden. Einer der Hauptgründe für die Kehrtwende von der Kehrtwende im „Asyl-Rückführungs-Verfahren“: Es liege keine diplomatisch verbindliche Zusicherung Tunesiens vor, dass „keine Folter“ im deutschen Urlaubsparadies Tunesien drohe. Deshalb sei Al-Mujtaba „unverzüglich auf Kosten der Ausländerbehörde in die Bundesrepublik Deutschland zurückzuholen“.

Schalkern sitzt der Schalk im Nacken

Am Donnerstag hatte das Verwaltungsgericht Gelsenkirchen entschieden, dass der gerichtlich überführte Terrorist und Bochumer Hassprediger vorerst nicht abgeschoben werden dürfe. Das Gericht informierte das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) dummerweise erst „per Fax“ ber dessen Entscheidung, als Sami A. bereits Erster Klasse im Charterjet saß – Klasse! Dass diese Entscheidung erst am Freitag an das BAMF ging, sei darauf zurückzuführen, dass alle beteiligten Behörden trotz mehrfacher Anfragen des Gerichts den Zeitpunkt der geplanten Abschiebung nicht bekanntgegeben hätten, teilte das verbitterte Verwaltungsgericht mit.

Eine Sprecherin des Bundesinnenministeriums hatte in Berlin mitgeteilt, Bundesinnen- und Heimatminister Horst Seehofer (CSU), sei „nach Beendigung der Rückführung, sprich mit Übergabe an die tunesischen Behörden“ informiert worden. Das Abschiebekommando war in Seehofers Ankndigungsministerium generalstabsmig und minutiös geplant worden – doch nichts sollte die top-geheime Geheimaktion diesmal verraten. Bis in die höchste Spitze des Ministeriums hatte man bis zu letzten

Sekunde die Befürchtung, die Abschiebung könnte noch in letzter Sekunde scheitern – denn die milliardenschwere „Anti-Abschiebe-Industrie“ ist bestens dank Steuermittel organisiert. Das wäre eine Mega-Blamage für die Behörden – exakt drei Monate vor den Landtagswahlen im Freistaat Bayern. Doch so oder so – der düpierte Seehofer hat nun wieder mal den Schwarzen Peter.

Entscheidung von Mittwoch: pro Abschiebung – Entscheidung von Freitag: Pro Asyl!

Um 6.30 Uhr stieg Al-Mujtaba schließlich in die Chartermaschine ein, an Händen und Füßen gefesselt und von einem Großaufgebot an verummten Polizisten begleitet. Doch die schadenfrohen Schalker machen den bemühten Bayern jetzt einen dicken Strich durch die Rückführ-Rechnung: Das für Goldstück Sami zuständige NRW-Flüchtlingsministerium berief sich auf eine dem Abschiebeverbot vorangegangene Entscheidung einer Kammer des Verwaltungsgerichts Gelsenkirchen vom Mittwoch. Darin sei die Abschiebungsandrohung des Ausländeramts der Stadt Bochum für rechtmäßig erachtet worden. Diese Entscheidung wurde vom Gelsen-Gericht am Donnerstag aber wieder „kassiert“. Ähnlich dem sportlich mittelguten Lokalverein – 1958: letzte Deutsche Meisterschaft für Schalke ...- scheint auch die dortige Gerichtsbarkeit ausschließlich mit Komplettversagern besetzt zu sein. Wie der restliche deutsche Justizapparat mittlerweile ebenfalls – Ausnahmen bestätigen die Regel.

Das NRW-Flüchtlingsministerium will jetzt sogar gegen den Rückhol-Beschluss Beschwerde einlegen. Dies werde zusammen mit der Ausländerbehörde der Stadt Bochum geschehen, teilte das Landesministerium am Freitagabend in Düsseldorf mit.

Ein Sprecher von Heiko Maas' Auswärtigen Amts erklärte in Berlin, das Ministerium sei am vergangenen Montag über den geplanten Rückführungsflug informiert worden. Die deutsche Botschaft in Tunis habe daraufhin beim tunesischen

Außenministerium diesen Flug angemeldet.

Das Flugzeug mit VIP-Gast Sami A. an Bord landete am Freitagmorgen 8.11 Uhr Ortszeit auf dem Flughafen Enfidha-Hammamet. Die tunesischen Behörden ermitteln nun, ob Sami-Al-Mujtaba an „extremistischen Aktivitäten“ in Deutschland beteiligt gewesen ist.

Al-Mujtaba („Der Auserwählte“) hatte sich in Bochum und im gesamten Bereich NRW als salafistischer Prediger betätigt – der Weggefährte Bin Ladens gilt laut Islam- und Terrorexperten als einer der größten latenten Gefährder in Westdeutschland. Die Kriminalbehörden gehen davon aus, dass der islamische Sprenggläubige in den letzten Jahren immer wieder Kontakte zu islamischen Terroristen in Deutschland und auch dem Ausland hatte – seine gesamte – vom US-Geheimdienst – entschlüsselte Mail-Korrespondenz verdeutlichte dies explizit. Die Ermittler des Verfassungs- und Staatsschutzes gehen sicher davon aus, dass Al-Mujtaba immer wieder geistiger Brandstifter für Terroranschläge in Europa war. Die ebenfalls steuerfinanzierte Anwältin des Dschihadisten legte jedoch im Eilverfahren Beschwerde gegen die Abschiebung ein, das Verwaltungsgericht musste entscheiden – und tat das mit gutmenschlichem Genuss.

Sami fühlt sich wohl im Salafisten-Schlaraffen-Land

Aller Wahrscheinlichkeit nach darf sich die Stadt Bochum nun glücklich schätzen, im Rahmen des historisch einzigartigen Experiments „Sami A.“ mit – vom Steuerzahler veruntreuten Zwangseinnahmen – weiter zu subventionieren:

„Die aktuell von Herrn Sami A. in Anspruch genommenen Hilfeleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz betragen monatlich 1167,84 Euro“,

heißt es in einer Auskunft der Landesregierung NRW auf eine AfD-Anfrage – PI-NEWS berichtete Ende April über den schier unfassbaren Asylskandal. Das Oberverwaltungsgericht des Landes

Nordrhein-Westfalen in Münster hatte darüber hinaus festgestellt, dass Sami A. alias Sami-Al-Mujtaba, zu Osama bin Ladens Leibgarde gehört hat.

Sami fühlte sich durchaus wohl in den Sozialsystemen des Salafisten-Schlaraffen-Landes Deutschland. Schließlich wurde auch der Anschlag auf das New Yorker World Trade Center am 11. September 2001 mit über 3.000 Toten weitgehend von Deutschland aus geplant und zusammen mit Saudi-Arabien großzügig vom deutschen Steuerzahler mitfinanziert.

Politik, Justizapparat und deutscher Steuerzahler finanzieren Terroristen

Wie genau sich die offenherzige Unterstützung an das Menschengeschenk und seine „Familie“ aufschlüsselt, unterliegt laut der Stadt Bochum selbstverständlich „der BundesDatenschutzGrundverordnung“. Laut Gesetz stünden „Asylbewerber“ Sami Al-Mujtaba und seiner Frau je 194 Euro zu. Außerdem zwischen 133 und 157 Euro für jedes der vier Kinder (4 bis 11 Jahre). Demnach muss Sami allerdings noch weitere Leistungen bekommen, zum Beispiel Wohngeld von über 20.000 € pro Jahr. Diese wurden allerdings bislang nicht mitgeteilt.

Sami kam 1997 als „21-jähriger Student“ nach Deutschland. 1999 bis 2000 tauchte er laut Gerichtsurteilen in ein afghanisches Terrortrainingscamp ab und stieg schnell in Osama bin Ladens Führungskader auf. Al-Mujtaba bestreitet dies in Taqiyya-Manier, ebenso wie Kontakte zu weiteren Drahtziehern des 11. September-Massenmordes.

Nagelbomben aus dem Nagelstudio!

Ein Ermittlungsverfahren des Generalbundesanwalts „platzte“ 2006, dennoch galt Sami-Al-Mujtaba weiter als Gefährder. Das Oberverwaltungsgericht Münster stellte bei ihm „eine akute erhebliche Gefahr für die öffentliche Sicherheit“ fest – doch er wehrt sich mit Hilfe „seiner“ steuerfinanzierten Anwälte immer wieder erfolgreich gegen seine Abschiebung. Fakt ist

allerdings, dass sich Al-Mujtaba als Prediger in einer lokalen Moschee – einem ehemaligen „Nagelstudio“ – in Bochum betätigt und dort auch eifrige Anhänger um sich scharte und scharrte.

Mindestens 1.167,84 Euro pro Monat vom Staat – über 34.000 € jährlich, ZEIT hat Mitleid

Gegenüber der „Zeit“ bestritt Sami-Al-Mujtaba im Jahr 2016 alles: „Gefährlich soll ich sein? Ich werde doch von morgens bis abends überwacht und muss mich seit zehn Jahren täglich zwischen 10 und 12 Uhr auf der Polizeiwache melden.“ Und für einen Terroristen sei er sowieso „viel zu klein“. Mit seiner Frau und seinen vier Kindern lebt er in Bochum, „sie besitzen die deutsche Staatsbürgerschaft“ – wie von den Mainstreammedien immer wieder wohlwollend mitgeteilt wurde – Fail-News! Sami A. besitzt tatsächlich lediglich die tunesische Staatsbürgerschaft. Sami erhält nun weiter vom Staat 1.167,84 Euro pro Monat nach dem Asylbewerberleistungsgesetz zuzüglich Wohngeld-Beihilfe vom JobCenter.

Die Begründung der Gelsenkirchener Richter „Es gebe ein sehr hohes Risiko für Sami Al-Mujtaba, dass ihm in Tunesien Folter oder unmenschliche Behandlung widerfahren würden“ wird allein dadurch ausgehebelt, dass die Todesstrafe in Tunesien seit über 20 Jahren nicht mehr vollzogen wird. Tunesien gilt als sicheres Reise- und Herkunftsland und wird mit dreistelligen Millionenbeträgen der Bundesrepublik, George Soros und Junckers asylbeschwipster EU subventioniert. Ein weiterer Grund des NRW-Gerichts zugunsten dem Terror-Paten: „Die Berichterstattung in den deutschen Medien über den Kläger wird den tunesischen Behörden nicht verborgen geblieben sein.“ PI-NEWS & Co sind schuld.

Wieder einmal wird das deutsche Asylrecht schamlos von der krakenhaften Asyl-Justiz und deren kriminellen Helfershelfern zum Schaden Deutschlands ausgenutzt. Der deutsche Bürger muss mit seinem Steuergeld den behördlichen Asyltourismus eines

Terroristen finanzieren, der nun wieder unverzüglich nach Deutschland re-importiert werden soll. Über Tunesien lacht die Sonne, über Deutschland die ganze Welt.

Geh mit Allah, aber geh – auf Nimmer-Wiedersehen, Servus Sami – Insch'Allah! Wo ein Wille, da ein „Weg-damit“.



Hamburg: „Südländer“ sticht mit Schraubenzieher auf 13-Jährige ein

Viele Eltern trauen sich ihre Kinder aufgrund der nun zu Deutschland gehörenden Gewalt schon kaum noch allein auf die Straße zu lassen. Aber selbst daheim bei der Familie zu sein ist kein Garant mehr für Sicherheit.

Am Donnerstagmorgen gegen 7.40 Uhr vernahm die 43-jährige Bewohnerin eines Einfamilienhaus in Hamburg-Stellingen seltsame Geräusche im Haus. Das Knarren von Treppenstufen hatte sie geweckt.

Die Frau stand auf, um nachzusehen und stieß dabei auf einen „südländisch“ aussehenden Mann, der gerade, schon vom inneren des Hauses her, die Terrassentür öffnen wollte. Sie schrie den Einbrecher an, der sich sofort auf sie gestürzt habe. Von der darauffolgenden körperlichen Auseinandersetzung wurde auch die

13-jährige Tochter aufgeschreckt und wollte ihrer Mutter zu Hilfe kommen.

Im Haus befand sich aber noch eine zweite „kulturelle Bereicherung“ aus dem ominösen „Südland“.

Der Komplize habe dem mutigen Mädchen mit der Faust brutal ins Gesicht geschlagen und es mit einem Schraubenzieher angegriffen. Dabei wurde die 13-Jährige am Oberarm verletzt. Dann seien die Täter offenbar ohne Beute geflohen.

Die Angreifer werden wie folgt beschrieben:

- Täter 1: männlich, „südländisches“ Erscheinungsbild, 15 bis 17 Jahre alt, 1,70m bis 1,75m groß, schlank, schwarze Haare
- Täter 2: männlich, „südländisches“ Erscheinungsbild, ca. 1,80m groß, schlank, schwarze Haare

Die Polizei bittet um Hinweise unter der Rufnummer 040/4286-56789 an das Hinweistelefon der Polizei Hamburg oder jede Polizeidienststelle.

Niemand ist in Deutschland mehr sicher, nirgends! Mit Ausnahme der auf Kosten der Opfer dieses „Experiments“ gut geschützten Verursacher.



Neue, harte Linie der AfD gegen Störungen ihrer Veranstaltungen

Von EUGEN PRINZ | Die heiße Phase des Landtagswahlkampfes in Bayern hat begonnen. Die CSU steht mit dem Rücken zur Wand, da die jüngsten Aktionen Seehofers den letzten kümmerlichen Rest der Glaubwürdigkeit dieser Partei verspielt haben. Selbst die größten Optimisten unter den Christsozialen glauben nicht mehr an die absolute Mehrheit.

Die AfD ist in den Umfragen derzeit gleichauf mit den Grünen und schickt sich an, zweitstärkste politische Kraft in Bayern zu werden. Die SPD ist in diesem Bundesland auf dem Weg zur Splitterpartei.

Verbotene Demonstration gegen AfD Info-Stand in Landshut

Wahlkampfzeit ist immer auch Infostandzeit für die politischen Parteien. Letzten Samstag hatte die AfD in der Landshuter Innenstadt einen aufgebaut. Selbstverständlich dauerte es nicht lange, bis sich einige junge Leute fanden, die in ungefähr 10 Meter Entfernung dagegen protestierten. Man sah ihnen anhand der Kleidung und des teilweise fehlenden Schuhwerks an, dass es sich um wertvolle Stützen der Gesellschaft handelte. Auch bei der Hygiene war noch Luft nach oben, wie berichtet wurde. Sie entrollten ein langes Transparent mit der Aufschrift „Nie wieder Faschismus – Kampf dem Kapital“, das jetzt nicht so wirklich zum Infostand passte und vermutlich aus der Mottenkiste in der Requisitionskammer geholt wurde. Dazu grölten sie: „Es gibt kein Recht auf Nazi-Propaganda“.

Polizei löst die Kundgebung auf



Die Polizei löst die Kundgebung auf und stellt die Personalien der Demonstranten fest. Sie erwartet nun eine Anzeige.

Es gibt auch kein Recht, unangemeldet eine Demonstration zu veranstalten, bei der es sich, wie das mitgebrachte Transparent bewies, nicht um einen spontanen Aufzug handelte. Der anwesende Kreisvorsitzende der AfD, ein Jurist, verständigte deshalb die Polizei, der aufgrund der Gesetzeslage nichts anderes übrig blieb, als die nicht angemeldete Demonstration aufzulösen. Die Teilnehmer erwartet jetzt eine Anzeige wegen eines Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz. Dies ist die neue, harte Linie der AfD, die es in Zukunft nicht mehr dulden wird, dass ihre Veranstaltungen grob gestört oder mit widerrechtlichen Methoden beeinträchtigt werden. Die AfD ist lernfähig und das geltende Versammlungsrecht bietet ausreichend Möglichkeiten, den linksgrünen Chaoten in Zukunft eine harte Zeit zu bereiten. Man muss sich nur kundig machen und sich anschließend bei der Polizei durchsetzen. Höcke hat vorgemacht, wie es geht.

Kinder beleidigt



So kennen wir sie:
Keine Schuhe an den
Füßen, aber ein T-
Shirt mit dem blöden
Spruch „Halts Maul
Deutschland“ am Leib.

Noch eine Anekdote am Rande: Neben ihrem „Nazipropaganda“ – Schwachsinn brüllten die linksgrünen Chaoten auch: “Eure Kinder werden so wie wir“. Das hätte ihnen fast Prügel von einem Passanten eingebracht, der dadurch seinen Nachwuchs beleidigt sah. Der gute Mann war in seiner Wortwahl nicht zimperlich. Eigenen Angaben zufolge handelte es sich bei ihm um ein Mitglied der Bayern Partei. Man sieht, die linken Chaoten kommen auch bei anderen Parteien nicht sonderlich gut an...



Der Kippa–Professor und

Junckers „Rücken“: Darüber lacht die Welt!

Von PETER BARTELS | Es gibt Tage, da schämt man sich, Journalist zu sein. Es gibt sogar Nächte, da betet man, im nächsten Leben keiner mehr zu werden ... Gestern war ein Tag zum Schämen und zum Lachen ... BILD schrieb über einen US-Professor mit Kippa ... Und über einen EU-Chef mit „Rücken“. Peinlich! ... Prost!!

Die Kippa-Klamotte (PI-NEWS berichtete) spielte sich in der früher wunderschönen Beethoven-Stadt Bonn ab. BILD schrieb: „Hass-Attacke in einem Bonner Park! Am Mittwochnachmittag schlug ein 20jähriger Mann einem israelischen Hochschulprofessor (50) mehrfach die Kippa vom Kopf, beleidigte das Opfer und schlug es. Die Polizei konnte den mutmaßlichen Täter festnehmen.“

Weiter: “Gegen 14:20 Uhr war der in den USA lebende Philosophie-Professor in Begleitung einer Bekannten im Bonner Hofgarten zu Fuß unterwegs. Dann sprach ihn ein unbekannter Mann auf die von ihm getragene Kippa an. Später wurde der Professor beleidigt. Der Unbekannte schlug ihm die Kippa mehrfach vom Kopf, schubste und schlug ihn gegen die Schulter, sagte hierbei unter anderem „Kein Jude in Deutschland“. Während seine Begleiterin die Polizei alarmierte, wehrte sich der Professor gegen die Angriffe. Als der Unbekannte dann das Martinshorn der Polizeiwagen hörte, ließ er ab und lief Richtung Rheinufer davon. Hierbei riss er sich das T-Shirt vom Leib und rannte mit nacktem Oberkörper weiter.“

Nein, Sie lesen keinen Amtsdeutsch radebrechenden Polizeibericht anno Leipzig einundleipzig, Sie lesen die ersten vier Absätze BILD-Schreib Anno 2018. Dann drei Absätze lang weiter BILD-Schreib, in denen umständlich geschildert wird, wie die Polizeibeamten den Professor in die Zange

nehmen, zu Boden drücken, ins Gesicht schlagen ... Im achten Absatz (achten!!) „enthüllt“ BILD endlich: „Daraufhin wurde der eigentliche Angreifer, ein Deutscher (20) mit palästinensischen Wurzeln, gestellt und vorläufig festgenommen.“

Ein Deutscher!!! Wie der Bundes-Pastor schon sagte: „Dunkel-Deutscher! Oder noch deutscher der Sozi Gabriel: „Pack!“ Am allerdeutschesten BILD-Postbote Wagner: „Nazi!“ Denn Juden-Feinde KÖNNEN nur geborene Mief-Piefkes sein. Ein Merkel-Gast? „Nie!“ Ein Migrant?? „Nie nich!!“ Ein Sozialschnorrer in der dritten Generation??? „Nun sind halt da ... Wir schaffen das...“

Im neunten Absatz zwingt sich BILD nach dem Tatütata-Sprech: „Er (... der „Deutsche“ mit den Wurzeln!!) ist der Polizei bereits wegen Gewalt- und Drogendelikten bekannt. Nachdem sich aus einem Schnelltest Anhaltspunkte für eine mögliche Drogeneinwirkung ergeben hatten, wurde die Entnahme einer Blutprobe angeordnet. Der Beschuldigte kam schließlich aufgrund von ärztlich attestierten Psychischen Auffälligkeiten in eine Fachklinik. Zuvor hatte er auch gegenüber den Polizisten seine antisemitische Äußerungen wiederholt, sich aber zur Sache nicht eingelassen. Der Staatsschutz hat die Ermittlungen zu dem antisemitischen Angriff übernommen.“

Wer nach diesem Sprech-Schreib nicht auf der Stelle den Kopf über die Schüssel halten muss, hat nicht mal seinen „Ludwig Reiners“ gelesen ... und der war nicht besonders anspruchsvoll. Kurz: Nicht nur der elende „Schreiber“ ... Sein noch elenderer „Ressortleiter“ ... Auch sein allerelendster „Chefredakteur“ wäre früher schon vom Pförtner fristlos erschlagen worden. Immerhin: Merkels Politbüro im Kanzleramt und Presserat, die Zentralkomitees der Migranten-Mafia in Kirche und Caritas, werden aufatmen: Volksaufstand abgewiegelt!!

Ich quäle die Leser, ich weiß. Aber sie sollen sich erinnern, warum sie BILD nicht mehr kaufen, nie mehr kaufen werden: „Verbrenne, was Du angebetet hast!“ Remigius hatte recht...

Darum eine weitere BILD-Story aus diesen Stunden:

Seit Donnerstag rast via YouTube ein Lachen durch Europa, eigentlich um den Globus. Es zeigt, wie Jean Claude Juncker (63), der augenscheinlich sturzbesoffene EU-Chef der „größten Wirtschaftsmacht dieser Erde“, zur fahnumflatterten NATO-Hymne hin- und wieder wegtorkelt. Staatsmänner links, rechts und hinter ihm machen grinsend die „Stützmänner“. Feuchte Küsse für Merkel, Macron. Lall-Labereien mit Hollands und Finnlands „Firsts“. Der Schoko-Präsident der Ukraine gibt Rückendeckung. US-Präsident Trump geht irritiert vorbei, Britanniens gebeugte Lady in Blue auch ... Erbärmliche Bilder. Die Welt kichert. Rülps!

BILD? Hier ... Bitte festhalten:

„Chef der EU-Kommission strauchelt beim NATO-Gipfel: Was war da mit Juncker los?“ Dann: „ ... er konnte kaum Gehen. Er hatte offenbar Schwierigkeiten, aus eigener Kraft ... zu gehen ... Ein Video zeigt, wie er immer wieder von anderen Politikern gestützt wird. Einige greifen ihm sogar unter die Arme, um ihm Halt zu geben. Auch drei Treppenstufen kann er allein nicht bewältigen, braucht Hilfe ... Die Präsidenten Finnlands und der Ukraine stützen ihn, der ... Premier der Niederlande nimmt ihn an der Hand ... Außerdem zeigt ein Foto, wie Juncker ... ins Gebäude getragen wird – im Rollstuhl“.

Jessesmaria, Rollstuhl! Nachdem BILD sich offenbar die Tränen der Ergriffenheit getrocknet hat, kombiniert BILD-Kommissar Knatterton: „Eine mögliche Erklärung könnten Rückenbeschwerden sein. In der Vergangenheit klagte Juncker bereits über Probleme mit dem Ischias.“ Dann BILD-Prof. Dr. Dr. med. Neuro: „Beim Ischiassydrom wird ein Nerv im Bereich der Wirbelsäule gereizt. Der dabei auftretende Schmerz kann sich weit über den Bewegungsapparat ausbreiten, lähmt die Beine.“

Offenbar nicht die Arme: á votre santé! Chin Chin! Cheerio, Miss Sophie ... same procedure as last day? Same procedure as

every hour, James, Jean Claude!

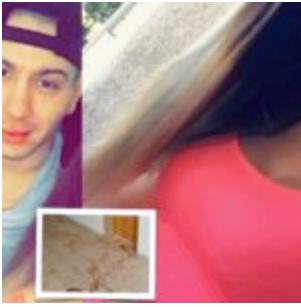
Die halbe Welt hat sich in den letzten Monaten und Jahren über die diversen Lall- und Schwank-Auftritte von Suffkopp Junckers schon schief gelacht. Jetzt lacht sich halb Europa über den „Rücken von BILD“ scheckig. Ein Heilpraktiker aus München schrieb gerade: „Ich kenne solche Rückenprobleme auch, die habe ich immer, wenn ich sturzbesoffen die Treppe runterfalle!“

BILD Dir seine Meinung, BILD ...



Ex-BILD-Chef
Peter
Bartels.

PI-NEWS-Autor Peter Bartels war zusammen mit Hans-Hermann Tiedje zwischen 1989 und 1991 BILD-Chefredakteur. Unter ihm erreichte das Blatt eine Auflage von 5 Millionen. In seinem Buch „Bild: Ex-Chefredakteur enthüllt die Wahrheit über den Niedergang einer einst großen Zeitung“, beschreibt er, warum das einst stolze Blatt in den vergangenen Jahren rund 3,5 Millionen seiner Käufer verlor. Zu erreichen ist Bartels über seine Facebook-Seite!



Justizversagen: Nikola H. von „Bewährungs-Mörder“ Osman erstochen

Von DAVID DEIMER | Die Strafkammer des Amtsgerichts Neustadt gab Osman, 22, eine zweite Chance. Er nutzte sie.

Die 19-jährige Nikola H. wurde in der Nacht zum Dienstag bestialisch von ihrem Ex-Freund mit gescheitertem Integrationshintergrund erstochen – mit mindestens zehn gezielten Messerstichen, PI-NEWS berichtete am Dienstag mit ersten Tat-Details. Dabei verletzte Osman Y. auch einen hilfsbereiten Nachbarn mit einem Schlachtermesser lebensgefährlich. In der deutschen „Qualitätspresse“ scheint jedoch eine Schweigespirale über die nächste Bluttat an einer jungen Frau aus Rheinland-Pfalz verhängt worden zu sein.

Chronik eines angekündigten Mordes ...

Kurz nach 23.00 Uhr war die Polizei von Nachbarn über die gewalttätige Auseinandersetzung zwischen einer Bewohnerin und ihrem Ex-Freund in dem gutbürgerlich-gepflegten Appartementblock an der Karolinenstraße informiert worden. In Todesangst rannte Nikola H. eine Etage tiefer, hämmerte an die Tür eines Nachbarn, 42. Er öffnete und versuchte ihr zu helfen. Da stach Osman Y. auch ihm in Tötungsabsicht wie im Wahn in Oberkörper und Hals. Die Polizisten fanden den Nachbarn und Nikola H. blutverschmiert im Treppenhaus. Für die

junge Mutter kam jede Hilfe zu spät, sie erlag ihren schweren Verletzungen. Ihrem couragierten Nachbarn rettete eine sofortige Not-OP wahrscheinlich das Leben.

Menschengeschenk Osman wurde erst am 27. April 2018 wegen schwerer Körperverletzung rechtskräftig verurteilt. Er hatte seine nun endgültig getötete Ex-Freundin geschlagen und bereits „in Tötungsabsicht“ zu erwürgen versucht. Die Strafkammer des Amtsgerichts Neustadt verurteilte den Gewalttäter zu einer dafür milden Haftstrafe von einem Jahr und zehn Monaten. Aufgrund des soziokulturellen Hintergrundes und der positiven Sozialisierungsprognose wurde die Strafe sogar als Integrations-Bonus zur Bewährung ausgesetzt – das absehbare Todesurteil für Nikola.

Bewährung für Mordversuch – im Namen des Volkes

Die polnischstämmige Deutsche Nikola H. hatte sich aufgrund der zunehmenden Gewalttaten von Osman Y. getrennt und war vor drei Monaten mit dem gemeinsamen Baby Liam (7 Monate) in eine eigene gediegene Wohnung ins idyllische Neustadt an der Weinstraße gezogen. Messerfachkraft Osman durfte sich der Frau nach einem Beschluss des Familiengerichtes nicht weniger als 100 Meter nähern, noch durfte er sich „Orten nähern, an denen sie sich regelmäßig aufhielt“. Das Amtsgericht Neustadt bestätigte am heutigen Donnerstag, dass es bereits zwei wirkungslose Kontaktsperren gegeben habe.

Diese nahm Osman jedoch genau so ernst wie seine „Bewährungsstrafe“ durch ein deutsches Gericht. Das lächerliche Strafmaß beflügelte ihn regelrecht zu seinem nächsten „heimtürkischen Mordversuch“ – und somit vollendeten Mord – an Nikola H.

Osman weiß: In Deutscheland gilt „Töterschütz vor Öpferschütz“!

Am 4. Juli beantragte die vollkommen verängstigte Nikola eine weitere Kontaktsperre, die noch am gleichen Tag verfügt wurde

und rein theoretisch noch bis Januar 2019 gültig wäre. Eine gute Freundin erklärte:

„Schon als Nikola im siebten Monat schwanger war, verprügelte Osman sie so, dass sie fast ihr Kind verlor. Als der Kleine dann auf der Welt war, kümmerte er sich kein bisschen.“

Nach der Trennung hatte Osman Y. seine Ex-Freundin weiter verfolgt und vielfach mit dem Tode bedroht. Der so genannte „Deutsch-Türke“ aus Germersheim hat bei der Vernehmung ein Geständnis abgelegt und befindet sich in Untersuchungshaft. Die Staatsanwaltschaft Frankenthal wirft ihm Totschlag und versuchten Totschlag vor. Allerdings keinen Mord / Mordversuch.

Es könnte bereits darauf hindeuten, dass der „in Deutschland geborene“ Messer-Osman einmal mehr mit „verschärften Bewährungsauflagen“ und „Haftverschonung aus Haftempfindlichkeitsgründen“ davon kommt im ideologieverseuchten RLP Malu Dreyers. Und dabei wollte Innenminister Horst Messerhofer doch alle germanischen „Osmanen“ verbieten.

Neustadt in der Pfalz (Nikola H., 19 / Mörder: polizeibekannter mehrfach straffälliger Türke) liegt nicht einmal 30 km von den Tatorten in Kandel (Mia Valentin, 15 / Mörder: polizeibekannter mehrfach straffälliger Afghane) und knapp 100 km von Wiesbaden-Erbenheim (Susanna Maria Feldmann, 14, jüdisch / Mörder: polizeibekannter mehrfach straffälliger Iraker) entfernt.

Justiz fällt Todesurteil – ... für das bereits einmal beinahe ermordete Opfer

Der Messermörder konnte kurze Zeit später von der Polizei auch mittels Hubschraubereinsatz in Tatortnähe festgenommen werden. Die erstochene 19-Jährige war vor rund drei Monaten mit ihrem Baby Liam in die Wohnung in der Karolinenstraße gezogen und wollte dort ein neues Leben beginnen – doch die deutsche

Justiz befeuerte ihren „Ehrenmord“, anstatt sie zu schützen!

Die unersättliche deutsche Multi-Kulti-Wahn-Justiz fordert mittlerweile Opfer im Wochentakt „im Namen des Volkes“. Doch die 87 Prozent leichtgläubigen Befürworter der Merkelschen „Blut-und-Morden-Politik“ werden immer weniger. Langsam könnte sogar der letzte „linksliberale“ Alt-68er-AntiFa-Richter begreifen, dass es potentielle Täter aus Kulturen gibt, für die eine Bewährungsstrafe nicht direkt adäquat im Sinne der Verbrechensprävention ist. Im Gegenteil.

Es ist nun an der Zeit, gutmenschliche Unterlassungs-Staatsanwälte und linksgrüne Laissez-Faire-Richter als Mittäter und willfährige Anstifter zur juristisch bereits möglichen Straf-Verantwortung zu ziehen. Die Justiz Rheinland-Pfalz war selbstverständlich aktiver Mittäter bei Omans Massaker.

PI-NEWS wartet weiterhin auf die Aussagen des tollpatschigen RLP-Justizministers Herbert Mertin, 60, FDP und seiner obersten Dienstherrin Malu Dreyer, stellvertretende Vorsitzende der spd, zu DIESEM weiteren Justiz-Versagen mit mehrfach angekündigtem Mord !

PI-NEWS wird im Gegensatz zur Systempresse weiter detailliert über den Mord und die strafrechtlichen Konsequenzen für alle Beteiligten – Richter, Staatsanwälte, Bewährungs-Soziologen, Osmans Tanztherapeuten und Politiker – berichten. Nikola H. – Chronik eines angekündigten Mordes ...

Über den Mord an der 19-jährigen Mutter wird auffallend wenig in den überregionalen Mainstream-Medien berichtet – nur die deutschen und polnischen Medien der Springer S.E. und auffallenderweise der FOCUS berichten diesmal mit Benennung der Fakten über den Einzelfall. Die Fakten stehen aber auch im Polizeibericht, man muss sie erst mühevoll verklausulieren.

Die mit 8.000.000.000 Euro ARD-zwangsfINANZIerte SWR hat sich diese Mühe gemacht und berichtet wieder politisch korrekt und

mit erheblicher krimineller Vertuschungs-Energie (Vertuschungs-Hervorhebungen durch PI-NEWS):

„Mutmaßlicher Täter hatte Kontaktverbot zur Getöteten.

*Der **Tatverdächtige** im Fall der getöteten 19-Jährigen aus Neustadt an der Weinstraße hatte ein Kontaktverbot zum Opfer. Seine Ex-Freundin war nach einer Messerattacke verblutet.*

*Wenige Tage vor der tödlichen Messerattacke auf die 19-Jährige hatte das Amtsgericht Neustadt an der Weinstraße ein Kontaktverbot gegen **den 22-Jährigen** verhängt. Das teilte die Staatsanwaltschaft Frankenthal auf SWR-Anfrage mit. Das Kontaktverbot zu der später Getöteten war nach Angaben der Staatsanwaltschaft sehr umfassend. **Dem Beschuldigten** war verboten worden, sich bis auf 100 Meter seiner Ex-Freundin zu nähern. Zudem durfte er ihr keine E-Mails und SMS schreiben oder sich Orten nähern, an denen sie sich regelmäßig aufhielt.*

*Der **mutmaßliche Täter** hatte am Dienstag nach Polizeiangaben die tödliche Messerattacke auf seine ehemalige Lebensgefährtin gestanden. Er habe in seiner Vernehmung angegeben, die Frau **nach einem Streit** am Montagabend mit mehr als zehn Messerstichen getöteten zu haben (...)*

*Ende April 2018 war **der mutmaßliche Täter** wegen zwei Körperverletzungsdelikten an seiner ehemaligen Lebensgefährtin zu einer Bewährungsstrafe von einem Jahr und zehn Monaten verurteilt worden. Der **mutmaßliche Täter** und das Opfer hatten ein gemeinsames Kind. Der sieben Monate alte Säugling wird nun von Verwandten betreut“.*

Kandel ist überall.



CSU hat Endspiel um ihre Glaubwürdigkeit verloren

Von MARKUS WIENER | Zu Beginn des unionsinternen Asylstreits hat der bayerische Ministerpräsident Markus Söder öffentlichkeitswirksam das “Endspiel um die Glaubwürdigkeit” der CSU angekündigt. Heute kann man getrost feststellen: Dieses entscheidende Spiel hat die CSU verloren.

Statt Glaubwürdigkeit zurück zu gewinnen, hat die CSU wie schon vor der Bundestagswahl einen Zickzackkurs vollführt, der niemanden überzeugte. Weder ehemalige CSU-Wähler, die inzwischen bei der AfD angekommen sind, noch den Merkel-affinen Teil der bayerischen Staatspartei. Denn eine tatsächliche Asylwende wurde natürlich in keiner Weise erreicht. Stattdessen knickte die CSU nach viel Theaterdonner erneut vor Merkel ein und gab sich mit bloßen Absichtserklärungen und ungedeckten Schecks auf äußerst unwahrscheinliche Übereinkommen mit anderen EU-Ländern zufrieden.

Sollten Söder, Dobrindt und Seehofer tatsächlich geglaubt haben, damit das “Endspiel um die Glaubwürdigkeit” gewinnen zu können? Oder war es so, dass man in Wirklichkeit viel mehr wollte, aber auf den letzten Metern innerparteilich die Kraft und Geschlossenheit dazu fehlten? Für weitere Annahme spricht die erkleckliche Anzahl von Gutmenschen, Kirchentags-

Katholiken und Merkelfans, die es inzwischen auch auf allen Ebenen der CSU gibt und die medial in jeder Weise unterstützt werden. Auch das zweifellos vorhandene taktische Gespür von Söder lässt vermuten, dass er diesen Ausgang so nicht geplant hatte. Schließlich musste jedem halbwegs politisch Verständigen klar sein, dass nach derart großen Ankündigungen im Vorfeld ein Mini-Fortschritt und ansonsten "weiter so" diesmal unmöglich reichen konnten. Was die aktuellen Landtagswahl-Umfragewerte für die CSU (unter 40 Prozent, Tendenz fallend) und die AfD (fast 15 Prozent, Tendenz steigend) eindrucksvoll bestätigen.

Die CSU bekommt nun zu spüren, was es heißt, nach allen Seiten offen sein zu wollen, dabei letztendlich aber als nicht mehr ganz dicht zu erscheinen (frei nach F.J. Strauß). Verloren gegangene Nationalkonservative werden mit diesem Kurs garantiert nicht zurückgeholt und eher Merkel-affine Wähler wandern nun vielleicht gleich zu den Grünen ab, die in den aktuellen Umfragen zur bayerischen Landtagswahl tatsächlich zulegen können.

Für alle, die aber mit Merkels Politik und dem falschen Kurs in der Einwanderungs- und Identitätspolitik insgesamt unzufrieden sind, gibt es nun auch bei der bayerischen Landtagswahl nur noch eine Alternative, die dieses Wort auch im Namen führt. Und wenn die AfD in Bayern noch stärker wird, könnte letztendlich auch die CSU zu einem späteren Zeitpunkt trotz aller innerparteilichen Konflikte zu einem Kurswechsel gezwungen werden. Oder es kommt tatsächlich noch zu einer Spaltung der Union, wobei dann eine patriotisch geläuterte Rest-CSU auch für die AfD koalitionsfähig wäre.



Markus
Wiener.

PI-NEWS-Autor Markus Wiener schreibt bevorzugt zu Kölner und tagespolitischen Themen für diesen Blog. Der 41-jährige Politologe und gelernte Journalist ist parteiloses Mitglied des Kölner Stadtrates und der Bezirksvertretung Chorweiler. Seit über 20 Jahren widmet er sein politisches und publizistisches Engagement der patriotischen Erneuerung Deutschlands. Der gebürtige Bayer und dreifache Familienvater ist über seine Facebook-Seite erreichbar und bloggt zur Kölner Kommunalpolitik auch unter rutwiess.blog.



Laut Gedacht #91: Multikulti-Diktatur

Innenminister Horst Seehofer hat den Asyl-Streit in der Union für beendet erklärt und auch sein Rücktritt ist Schnee von gestern. Als klarer Gewinner geht die AfD aus dem Streit hervor. CDU und CSU sowie die SPD verlieren in Umfragen weiter

an Zustimmung.